

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 14

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nützliche und Nützer

Der Zürcher Stadtpräsident Sigmund Widmer sagt, es gebe in Zürich etwa 60 000 junge Leute zwischen 16 und 25 Jahren.

Der Juso-Vertreter Andy Gross sagt von den sogenannten Jugendmanifestationen: «Ihr Umfang schwankt je nach Anlass, Wetter, Tageszeit und Stimmung von 50 bis 1000 oder 2000 Leuten. Nicht wenige reisen jeweils, herbeigerufen von der Telefonzeitung und Schwarzsendern, aus der näheren oder ferneren Umgebung an.» («Weltwoche», 18. 6. 1980)

Die «Schwarzsender» haben natürlich einen besonders prickelnden Appeal, aber die grosse Aufmerksamkeit für die kleine Minderheit können

auch die normalen Massenmedien besorgen und tun es auch.

Und nur so herbeigerufen, wie die Aetherwellen sie trugen, kamen auch nicht alle. An die Berner «Demo» vom 5. Juli reisten die Freunde aus Zürich als geschlossene Reisegesellschaft an, und die fernere Umgebung erstreckte sich bis auf den «grossen Kanton».

Was wollen sie? Im «Woka», dem Wochenkalender der Berner Studenten (19. 6. 1980), stand etwas darüber. Der Vorstand des Studentenrates hatte der kantonalen Erziehungsdirektion (ED) einen Katalog von Forderungen eingereicht und diesen so hoch geschraubt, dass er mit einer «klaren Verwerfung» rechnete, womit dann «die abgrundtiefe Bosheit (der ED) wieder einmal bewiesen wäre». Aber: «Zur grossen Bestürzung dieser Taktiker hat nun jedoch die ED die studentischen Vorschläge fast ausnahmslos angenommen. Krampfhaft müssen nun im Rat Argumente gegen den eigenen Entwurf gesucht werden.

(...) Mit entwaffnender Offenheit formulierte es ein SHG-Mitglied (SHG = Sozialistische Hochschulgruppe), das selbst am Entwurf mitgearbeitet hat: «Das Problem ist einfach, dass die Forderungen angenommen worden sind.»

Das zeigt zunächst, dass der Konflikt selbst gesucht wird, dass das Eingehen auf jeweilige Forderungen nur zum Suchen nach neuen Vorwänden dient.

Der 68er Slogan «Seien wir realistisch: Fordern wir das Unmögliche» ist auf Zürcher Flugblättern wieder aufgetaucht. Aber das Paradox von vagem philosophischem Gehalt kann eine konkrete Taktik umreissen: immer etwas mehr fordern, bis wir sie dort haben, wo wir sie haben wollen. Mit «Salamitaktik» hatte der ungarische stalinistische Diktator Rakosi die Methode der kommunistischen Machtergreifung umschrieben.

Das habe doch mit den blöden Pöbeleien auf den Strassen nichts zu tun! Nicht? Dann schauen wir uns doch einmal die Deuter und Einflüsterer an,

Die Marschordner

ZUR DEMO

Die Ereignisse vom Freitag und Samstag haben gezeigt, dass unter uns grosse Unklarheit und Konfusion bestehen, wie wir während der Demo und im Moment des Schmiereinsatzes reagieren.

Schmiertaktik: uns auseinanderreiben
Unsere Taktik: zusammenbleiben, sich nicht isolieren lassen

VORBEREITUNG

Nicht alleine zur Demo gehen, schliesse dich mit Freunden zusammen, bildet kleinere Gruppen.
Bringe mindestens ein Halbtuch und Zitrone mit (Tränengas)
Gute Schuhe (Turnschuhe)
Nehmt auf jeden Fall mit, was ihr zu eurem persönlichen Schutz braucht, Adressen- und Notizbüchlein zu Hause lassen, trage amtlichen Ausweis auf dir.
Nur wenig Schutz mitnehmen (bis zu 50.-)

Während der Demo

Es muss verhindert werden, dass einzelne Leute aus der Demo verhaftet oder von aggressiven Passanten angegriffen werden. Verliere deine Leute nicht aus den Augen und rufe auch andere herbei.
Das Megaphon ist vor allem dazu da, Infos und Beobachtungen die du machst, der Demo durchzugeben, (Bewegungen der Schmier, Angriffe von Passanten, nächster Besammlungsort etc.) Das Megaphon ist für jeden offen!

Beim Schmiereinsatz

Kühlen Kopf bewahren. Nicht absitzen!!!
Eigene Leute nicht aus den Augen verlieren, beachte die Infos aus dem Mega, MERKE DIR DEN NEUEN BESAMMLUNGORT!
Möglichst schnell und IN GRUPPEN zum neuen Besammlungsort.

Nach der Demo

Schau nach, ob alle Leute deiner Gruppe noch oder wieder da sind.
Geh auf keinen Fall alleine nach Hause

Verhalten bei Verhaftung

Nur Personalien angeben/ in jedem Fall Aussage verweigern/ Anwalt verlangen
Anwaltsadresse: Anwaltskollektiv Bern, Monbijoustr. 22, 3000 Bern
Tel.: 25 25 38
25 25 48

WIR SIND DIE LEBENDEN... GETZ...



Der verstorbene Schriftsteller Walter Matthias Diggelmann stellte seinerzeit ironisch die Frage, wie es eigentlich die schiere Volkswut fertigbringe, Flugblätter zu drucken und zu verteilen. Das bezog sich auf die antikommunistischen Kundgebungen von 1956, nach dem sowjetischen Überfall auf Ungarn. Für Diggelmann stand es fest, dass es keinen spontanen Volkszorn gab, wohl aber antikommunistische Drahtzieher, die einen entsprechenden Mob aufheizten.

Wir dürfen uns hoffentlich darauf verlassen, dass die Autorität Diggelmans wenigstens von der progressiven Intelligenzia nicht angezweifelt wird. Denn die ironische Logik seiner Hinterlassenschaft lässt sich aktualisieren.

Zum Thema «spontanes Aufbegehren der Jugend» ist das Flugblatt aus Bern, das wir nebenstehend reproduzieren, ein Beispiel. Verfasst nach den «Ereignissen» vom 20. und 21. Juni, als Anweisung, wie man es richtig zu machen habe.

In bürgerlichen Kreisen hat sich der lieblos gemeinte Ausdruck «Chaoten» eingebürgert, und in antibürgerlichen Kreisen wird er als Verunglimpfung empfunden. Aber möglicherweise hat er einen andern Fehler: dass er die Sache zu sehr verniedlicht. Er trifft nicht einmal so recht die blossen Mitmarschierer, weil er ihren Charakter als Manipuliertmasse verpasst. Und den Charakter der Marschordner verfehlt er vollends.

Ich finde nichts «Chaotisches» im Text «zur Demo». Er ist wohlüberlegt, zweckgerichtet und erfolgsversprechend. Und die empfohlene Taktik hat auch Erfolg gehabt. Die «Hüter der bürgerlichen Ordnung» haben eingesehen, dass man die «Vertreter der rebellischen Jugend» gewähren lassen muss, solange sie es bei Sachbeschädigung und Personenbespuckung bewenden lassen. Allerdings auch aus Angst, sonst von den elektronischen Medien und andern Institutionen der öffentlichen Bewusstseinsgestaltung der repressiven Gewalt bezichtigt zu werden. Auch da besteht (bis auf eine verpatzte TV-Direktsendung) kein Chaos, sondern ganz im Gegenteil wohlüberlegte Systematik.

Der Flugblatttext verrät nicht nur den Ordnungssinn der Verfasser, sondern auch etwas über ihre Mentalität. Ich meine nicht den sprachlichen Jargon, bei dem sich das Wort vom «Schmiereinsatz» nicht auf die eigene Farbgebung an die Wände bezieht, sondern auf die Polizei. Ich meine den Passus über die «aggressiven Passanten». Was sind das? Leute, die ein Durchgangsrecht beanspruchen, allenfalls ein eigenes Demonstrationsrecht? Leute, die einer Sachbeschädigung oder einer andern Rechtswidrigkeit entgegenzutreten wollen? Theoretisch vielleicht. Aber in der Praxis nicht einmal das; so weit haben die Passanten ihre «Aggressivität» ja meist gar nicht getrieben. Einem «Demonstranten» die Meinung gewaltlos ins Gesicht zu sagen, war schon weit überdurchschnittliche «Aggressivität». Und sie hat je nachdem schon vollkommen ausgereicht, um die Abwehrreflexe der Angegriffenen auszulösen.

«Guck mal, was der Jude dort für eine freche Visage aufsetzt.» So tönte es, als die SA-Jugend schon die Strassen, aber noch nicht die Reichskanzlei erobert hatte. So ging man daran, sich gegen die Frechheit der Juden zu verteidigen.

Ich las in der Zeitung, wie sich ein Kommentator über die «lustvolle Empörung» der Passanten amüsierte. Ich frage mich, ob er im Spätdium der Weimarer Republik auch so geschrieben haben würde. cb

die sozialistischen Hochschulgruppen, die Solidaritätskomitees, die intellektuellen «Verständigen», die mit den Randalierern nichts zu tun haben, aber auf jeden Fall «der Gesellschaft» die Schuld geben, womit sie die Gesellschaftsordnung meinen. Warum soll für «die Jugend» nicht ein Versammlungslokal da sein, sondern eine Rote Fabrik? Die ideologisch vorgeprägte Heilserwartung ist unverkennbar.

Man kann mit geruhsamem Spott die Frage stellen, was die «Chaoten» eigentlich wollten. Doch das ist die Nebenfrage. Die Hauptfrage ist, was die gesellschaftlichen Neuordner Europas mit ihnen wollen. *cb*

Klage

Zur Demonstration vom 5. Juli in Bern war eine Solidaritätsdelegation aus Zürich mit der Bahn angereist. Die 69 Leute beanspruchten eine Gratisfahrt, was sie durch gewaltlose Besetzung eines Erstklasswagens bewerkstelligten. Weil sie keine Fahrkarten hatten, wurden sie in Schönbühl aus dem Zug geholt und «verhaftet», wie sie die geneigten Medien wissen liessen. Sie kamen trotzdem rechtzeitig zu ihrer «Demo», wo sie gross gefeiert wurden. Und nun haben sie Klage wegen Freiheitsberaubung angekündigt. «Unzufriedene klagen» war das Stichwort, unter dem die «Berliner Tagwacht» (9. 7. 1980) die Meldung brachte. ■



Kambodschanerin.

Vietnam meinte mehr als das

Hatte Grossvietnam mit seinem militärischen Einfall über die thailändische Grenze Ende Juni nur erreichen wollen, dass Thailand aufhört, Pol Pot-Partisanen über die Grenze nach dem vietnamesisch besetzten Kambodscha zu lassen? Dagegen spricht die längerfristige Einschüchterungswirkung, und dagegen spricht auch eine gewichtige Flüchtlingsaussage.

Als die Vietnamesen am 23. Juni die Flüchtlingslager im Grenzgebiet angriffen, sah es nach blosser Nachbarbehandlung ohne Rücksicht auf den internationalen Kontext aus. Das musste die Asean-Staaten mobilisieren, die sich durch den bisherigen südostasiatischen Vormarsch der Sowjets nicht hatten aufschrecken lassen wollen. Tatsächlich haben ihre Aussenminister in Kuala Lumpur den militärischen Schlag Hanois verurteilt. Aber die internationale Kontraproduktivität hält sich in Grenzen. Indien hat dafür das doppelt abhängige Regime von Heng Samrin in Kambodscha anerkannt, ein Erfolg, über den sich die vietnamesischen Herren und die sowjetischen Oberherren nur freuen können.

Uebrigens rechnet man in Moskau mit dem raschen Verschleiss des «feindlichen» Mobilisierungseffektes. Nach dem Muster westlicher Gegenaktionen wegen Afghanistan. Der Getreideboykott ist umgangen worden, der Technologieexport setzt wieder ein, und blamiert stehen nur noch die von ihren Partnern im Stich gelassenen USA da.

Mit Angewöhnungseffekt plus Einschüchterung kann die Sowjetunion auch in Indochina und von dort aus über das Meer neue Eroberungen machen und konsolidieren. Der kurzfristige «Handstreich» Hanois hat längerfristige Erfolgserwartung. ★

Aber es war gar kein kurzfristiger Handstreich, und es war nicht einmal eine Reaktion auf das Guerillawesen von Thailand aus. Das sagt Frau Pom Delis, die nach Thailand geflüchtet ist. Sie ist die Frau (und war die Sekretärin) von Ros Samay, der als Gegner von Pol Pot nach dem vietnamesischen Einmarsch in Kambodscha zum Generalsekretär der «Nationalen Errettungsfront für Kamputschea» ernannt worden war. Er hatte, sagt Frau Pom Delis jetzt, schon vor einigen Monaten an einer Lagebesprechung in Phnom Penh teilgenommen, an welcher der Einfall «kambodschanischer» Truppen nach Thailand vorbereitet wurde. An der Sitzung hätten Vertreter aus der Sowjetunion, aus Kuba, Ungarn und der DDR teilgenommen. Ihnen habe der Regierungschef Heng Samrin erklärt, für «Kambodscha» sei «an der Seite» Vietnams ein militärischer Angriff auf Thailand risikolos, da Thailand schwach sei.

Als kommenden Mann in Kambodscha (d. h. als kommenden Vasallen) bezeichnet Frau Pom Delis den gegenwärtigen Verteidigungsminister Pen Sovan, Absolvent einer sowjetischen Militärakademie.



Ein vietnamesischer Offizier, der desertierte und in Bangkok Asyl erhielt, sagt aus, dass sich in Kambodscha zurzeit 200 000 Mann vietnamesischer Truppen aufhalten. Im Kampf gegen die Partisanen würden von der Artillerie «nicht tödliche chemische Gefechtsköpfe» verschossen, um die Feinde schon vor dem eigenen Angriff ausser Gefecht zu setzen. Bei den vietnamesischen Streitkräften in Kambodscha gebe es Unzufriedenheit; insbesondere Soldaten aus Südvietnam seien zu den Guerillas übergelaufen. Die vietnamesischen Truppen hätten (jedenfalls in seiner 5. Division) Reis erhalten, der zum Teil aus Lieferungen von internationalen Organisationen an Kambodscha stamme, zum andern — und kleineren — Teil aus sowjetischen Lieferungen. ■

Nicht wie «Vorstand SBB»

Im ZeitBild Nr. 9 habe ich über Migros-Frühlinke berichtet. Um zwei Berichtigungen sind wir in der Folge gebeten worden.

1. «PdA-Ferienheim Salecina» wird von der Präsidentin des Stiftungsrates, Frau Amalie Pinkus-de Sassi, als «krasse Unterstellung» gerügt. Die Stiftung Salecina verstehe sich «als Bestandteil der Arbeiter- und sozialistischen Bewegungen». Dort habe seit ihrer Gründung im Jahre 1971 «noch nie eine Veranstaltung der PdA stattgefunden».

Meine Formulierung gründete auf dem Umstand, dass Herr Theo Pinkus, Ehemann der Präsidentin und einer der führenden Initianten der Stiftung, Mitglied und Nationalratskandidat der PdA ist.

2. Herr Peter Stöckling teilt uns mit, dass er sich nicht mit vornehmem «oe» schreibe, und dass er nicht «Vorstand SBB» sei wie andere Leute «Vorstand SBB», sondern Mitglied des Vorstandes der SPS.

Max Keller

(Solange es zu jenen Ausführungen keine anderen Beanstandungen gibt, können wir die Qualität der Recherchen unseres Mitarbeiters als bestätigt ansehen; Red. ZB.)

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise
Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr./DM 37.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-
(Ausland Fr./DM 23.-)
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr./DM 20.-)
Einzelnnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1.50)

FACETTEN zum Alltag drüben

Die Frauen sind emanzipiert Diskriminiert werden bloss noch Mütter und Alleinstehende

Nicht gut geht es in der Sowjetunion den Frauen, die für mehr als ein Kind sorgen müssen: Sie haben Mühe, Arbeit zu finden. Da müssten denn alleinstehende Frauen viel besser dran sein. Aber auch nicht: Sie kriegen keine Wohnung.

*

Die Moskauer Jugendzeitung «Komsomolskaja Prawda» hat eine Menge von Briefen erhalten, geschrieben von Müttern, die auf einen Beitrag reagierten, der gegen den Trend zur Einkindfamilie gerichtet war.

Die Leserbriefschreiberinnen legten dar, wie man als Mutter von mehreren Kindern benachteiligt sei. Ein Teil der Klagen bezog sich auf fehlende Tagesstätten für Kinder und dergleichen, ein anderer Teil auf die Beschäftigungslage.

An einer Sekundarschule in Kemerowo mussten mehrere Lehrerinnen gleichzeitig ihrer Arbeit fernbleiben, weil im Quartier eine Kinderkrankheit grassierte und sie zur Pflege daheimblieben. Man berief eine Sondersitzung der Gewerkschaft ein, die einen Tadelsantrag gegen den Arzt stellte, der den betreffenden Frauen ihre Absenz bewilligt hatte. Schliesslich verliessen («verliessen»?) die angegriffenen Lehrerinnen ihre Stelle und wurden durch Kräfte ersetzt, die keine kleinen Kinder zu Hause hatten.

Eine Radio-Ingenieurin in Lwow ersuchte nach der Geburt eines Kindes um eine Halbtagsbeschäftigung im Institut, in dem sie angestellt war. Der Direktor gab ihr seine Antwort, als er sie im Gang kreuzte, «ohne auch nur seinen Schritt zu verlangsamen»: «Wenn Sie Kinder aufziehen wollen, bitte! Aber wenn Sie arbeiten wollen, dann machen Sie Ihre Arbeit gefälligst wie jeder andere!»

Die Leserin S. G. Dmitritschenko aus der Ukraine berichtete über ein Planungsbüro, in dem sie als Ingenieurin arbeitete. Sonst waren dort als Frauen nur Kinderlose oder Mütter von erwachsenen Kindern beschäftigt. Als Mutter passte sie nicht in diese Umgebung, und man zwang sie, sich nach einer andern Stelle umzusehen. Sie hatte bis zum Zeitpunkt ihres Schreibens noch keine Arbeit gefunden. Ihrer Ausbildung wegen verweigerte man ihr eine Anstellung als Putzfrau. In ihrem Brief an die «Komsomolskaja Prawda» gab sie der Hoffnung Ausdruck, ihr Diplom werde kein Hindernis sein, als Wäscherin von Autobussen eine Nacharbeit zu erhalten.

(Die Sowjetverfassung gewährleistet das Recht auf Arbeit, und die Sowjetstatistiken kennen keine Arbeitslosen.)

*

Von der Diskriminierung der Mütter zur Diskriminierung der Alleinstehenden. In der «Sowjet-

skaia Rossija» (4.6.1980) beklagt sich S. Sokolowa aus der Stadt Alexandrow im Gebiet Wladimir darüber, dass alleinstehende Frauen, auch wenn sie schon 30 Jahre alt sind und in ihrem Beruf als erstklassige Spezialistinnen geschätzt werden, immer noch in einem Wohnheim leben müssen. (Dort muss man in der Regel ein Zimmer mit Kolleginnen teilen.) Und darf nicht einmal einen guten Bekannten einladen, weil das die Hausordnung verbietet. Aber Ledige haben bei der Wohnungssuche keine Chance, und Frauen schon gar nicht, auch wenn sie auf der Warteliste als berechtigt eingetragen sind.

(In der Sowjetunion ist man berechtigt, eine Wohnung zugeteilt zu erhalten, wenn man weniger als 9 m² Wohnfläche pro Kopf zur Verfügung hat. Aber die Berechtigung bedeutet lediglich, dass man sich auf der Warteliste eintragen darf; dann kann das Warten mehrere Jahre dauern, denn ausserhalb der Reihe kommen immer noch die Privilegierten dran.)

Die Leserin schliesst ihren Brief mit der Anmerkung, für die Arbeit seien sie dann grad recht, jene alleinstehenden Frauen, die nie die Arbeit schwänzten, nicht betrunken seien und nur selten krankheitshalber fehlten. (Man sieht nebenbei, was die Norm ist.)

Für die Arbeit grad recht, klagt sie. Für keine Arbeit gut genug, klagen die Mütter.

*

Ach, ja, und übrigens: Wenn man die Emanzipation der Frau erreichen will, muss man die Gesellschaft ändern. Die sozialistische.

«Die Propagandisten von Dr. Goebbels gaben sich (für die Olympischen Spiele 1936) alle Mühe, die Version vom friedliebenden Nazi-Staat zu verbreiten. Sie zählten darauf, dass das Weltsporfestival viel dazu beitragen werde, der Öffentlichkeit diese Sicht aufzudrängen. Hitler war darauf bedacht, die Spiele als schönen Vorhang zu nutzen, hinter dem er ungestört die Realisierung seiner Aggressionspläne vorbereiten konnte. (...)»

Das Programm der Vorbereitungsmaßnahmen (zu den Spielen 1936) umfasste eine Reihe von Polizeiaktionen in der Absicht,

Zitiert...

vor der ausländischen Öffentlichkeit die Praxis zu verbergen, demokratische Aeusserungen niederzudrücken, Repression auszuüben und die demokratische Freiheit zu eliminieren.»

Aus dem Buch «Von Athen bis Moskau», Moskau 1979, das inzwischen aus dem Verkauf gezogen worden ist (siehe letzte Nummer).

Klassensituation immer durchschaubar machen!

Komisch, der Typ. Hat gesagt, er findet die bourgeoise Repression immer noch besser als die nichtbourgeoise.

Bisschen geschwollen für so was, aber über die Linken zu meckern, haben wir denen ja schon abgewöhnt.

Schon, aber ich meine, bei dem ist doch die Ansicht komisch.

Wieso komisch? Der Kapitalist verteidigt seinen Geldsack, ist doch klar.

Eben nicht. Der ist überhaupt nicht reich...

Ja, ja, die kleinbürgerliche Reaktion ist noch lange nicht ausgerottet; so zäh wie blöd, die Spieser.

Du, der ist aber richtig arm. Soziale Unterschicht, sogar ganz unten.

Ach so ist das. Die Scheisse oben saugt sie nicht bloss aus, die armen Schweine, nein, die zerquetscht ihnen auch noch jedes politische Bewusstsein. Der weiss gar nicht — du, deine Parkuhr! —, also, der weiss ja gar nicht, dass er zu uns gehört.

Tut er aber gar nicht. Gelegenheitsarbeiter ist der erst, seitdem sie ihn bei der TV rausgeschmissen haben, weil er nicht progressiv war.

Pfui Teufel, das also ist der: ein Faschist!

In Kürze

Kampagnen gegen den Alkoholismus gibt es in der Sowjetunion immer. Und immer enthalten sie die gleichen bewährten oder nicht so bewährten Forderungen, wie bessere Aufklärung usw. Das ist auch bei der diesjährigen Kampagne in Georgien der Fall. Aber zum üblichen Katalog an aufgezählten Erfordernissen kommt dort ein wahrhaftig produktives Element hinzu. Als Massnahme im Kampf gegen Alkoholismus wird nämlich empfohlen, den Ausstoss an qualitativ guten Weinen zu vergrössern und im staatlichen Handel etwas preiswerter zu machen. Die Begründung ist die, dass selbstgebrannter Fusel wie auch privat verkaufte Getränke mit Ersatzstoffen unverhältnismässig schädlicher sind als bekömmlicher Wein. Nun ja, das Motiv kennen wir ja auch: Kampf dem Nikotin durch Umsteigen auf leichte Zigaretten. Nur gehört das bei uns nicht gerade zur offiziellen Aufklärung durch die Behörden. Die hässliche Profitgier der Zigarettenindustrie hat wenigstens eine Grenze: Sie partizipiert nicht an einem staatlichen Informationsmonopol.

*

In der Tschechoslowakei ist das Nullwachstum der Reallöhne für 1980 zwar nicht in dieser Form bekanntgegeben worden, aber es lässt sich aus amtlich veröffentlichten Zahlen («Hospodarske Noviny», Prag, Nr. 19/1980) erkennen. Denn die Nominallohne stiegen um 2,8 Prozent bei einer Teuerung von 2,9 Prozent. Falls sie bis Jahresende nicht grösser wird.